

Antrag auf Einbürgerung

Angaben zu meiner Person:

Familienname, ggf. Geburtsname		Vorname(n)	
Geburtsdatum		Geburtsort	
Genauere Anschrift			
Derzeitige Staatsangehörigkeit(en)			
belegt. <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, durch:			
Frühere Staatsangehörigkeit(en)			
Verlustgrund:			
Verlust ist belegt durch.			
Volkszugehörigkeit			
gültiger Aufenthaltstitel:		(ArV/Erteilungsdatum/ggf. Ablaufdatum)	
Besonderer Status:		<input type="checkbox"/> Heimatlose(r) Ausländer(in) <input type="checkbox"/> Asylberechtigte(r) <input type="checkbox"/> Ausländischer Flüchtling	
Status belegt durch:			
Deutscher Reiseausweis erteilt am:		durch,	
Gründe für die Asylgewährung bestehen fort? <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein			
Familienstand: <input type="checkbox"/> ledig / <input type="checkbox"/> verheiratet, <input type="checkbox"/> getrennt lebend, <input type="checkbox"/> geschieden, <input type="checkbox"/> verwitwet, seit _____			

Ehegatte:

Familienname, ggf. Geburtsname		Vorname(n)	
Geburtsdatum		Geburtsort	
Staatsangehörigkeit		Anschrift	

Frühere Ehen?

Ja Nein

Von	Bis	Aufgelöst durch
Staatsangehörigkeit des früheren Ehegatten:		Name, Vorname
Von	Bis	Aufgelöst durch
Staatsangehörigkeit des früheren Ehegatten:		Name, Vorname

Wehrdienst:

Wehrpflichtig	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	Vom Wehrdienst befreit	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Wehrdienst abgeleistet	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	anderer Militärdienst	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
In wessen Diensten?			
Zeitraum			

Eltern:

Leibliche Eltern Adoptiveltern Annahme als Kind erfolgte durch: _____

	Vater	Mutter
Familienname, Ggf auch Geburtsname .		
Vorname(n)		
Geburtsdatum und Ort		
Staatsangehörigkeit		
Volkszugehörigkeit		
Wohnort, Staat		
Verstorben?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, am	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, am
Tag und Ort der Eheschließung		

Bei minderjährigen Einbürgerungsbewerbern:

Sind die Eltern miteinander verheiratet?	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
Einbürgerungsbewerber(in) wird vertreten durch	<input type="checkbox"/> Mutter <input type="checkbox"/> Vater	
	<input type="checkbox"/>	Andere Person Name: _____
Das Vertretungsrecht beruht auf	_____	

Kinder (auch volljährige)

	Familienname	Vorname(n)	Geburtsdatum	Geburtsort	Staatsangehörigkeit	Mit-Einbürgerung?
1)						<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
2)						<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
3)						<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
4)						<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
5)						<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
6)						<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

Von diesen Kindern ...

stammen aus der jetzigen Ehe:	stammen aus früherer Ehe	sind nichtehelich.

Familleneinheit:

Name der Familienmitglieder (Ehegatten, minderjährige Kinder), die <u>nicht</u> mit eingebürgert werden sollen
Gründe

Wirtschaftliche Verhältnisse

Ausgeübert Beruf	Brutto-Einkünfte <input type="checkbox"/> jährlich <input type="checkbox"/> monatlich
EUR	
Grundbesitz, Vermögen	
Hypotheken, Schulden	
Steuerrückstände	Im Schuldnerverzeichnis eingetragen
<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Alterssicherung	
<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, durch:	
Empfänger von SGB II oder XII-Leistungen, Wohngeld, sonstige öffentliche Leistungen?	Führer Bezug?
<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, in Höhe von monatlich _____ EUR	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
welche ? _____	
Ich habe Unterhaltsverpflichtungen	Falls ja: Bestehen Unterhaltsrückstände?
<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Namen der Unterhaltsberechtigten:	
Nur zu beantworten von Personen ohne eigene Einkünfte'	
Der Lebensunterhalt ist durch Unterhaltsansprüche gesichert	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Name und Anschrift d. Unterhaltspflichtigen.	
Brutto-Einkommen d. Unterhaltspflichtigen	<input type="checkbox"/> jährlich <input type="checkbox"/> monatlich
EUR	
<u>Weitere Einkünfte in der Familie:</u>	
Name:	Höhe der Brutto-Einkünfte
	<input type="checkbox"/> jährlich <input type="checkbox"/> monatlich
	EUR
	<input type="checkbox"/> jährlich <input type="checkbox"/> monatlich
	EUR
	<input type="checkbox"/> jährlich <input type="checkbox"/> monatlich
	EUR

Straftaten und Ordnungswidrigkeiten (im In- und Ausland)

Vorstrafen: Datum, Gericht, Tatbestand, Strafmaß
Ordnungswidrigkeiten der letzten 3 Jahre Datum, Behörde, Tatbestand, Buße
Anhängige Ermittlungsverfahren: Strafverfolgungsbehörde, Tatverdacht

Sprachkenntnisse/Einbürgerungstest

ausreichende deutsche Sprachkenntnisse nachgewiesen durch	
<input type="checkbox"/>	Zertifikat Deutsch (Sprachniveau B 1 GER)
<input type="checkbox"/>	Schulbesuch ggf. Abschluss _____
<input type="checkbox"/>	Studium
am Einbürgerungstest erfolgreich teilgenommen? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

Frühere Einbürgerungsanträge:

Die Einbürgerung in Deutschland habe ich bereits früher beantragt	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
Antragstellung bei (Behörde, Anschrift)		
Der Antrag wurde abgelehnt von (Behörde, Anschrift)		
Datum und Aktenzeichen des Ablehnungsbescheids		

Zwischenstaatliche Gesichtspunkte

Aus- oder Weiterbildung außerhalb des Heimatstaats Bei 'ja' Art, Zeit- und Ortsangabe	<input type="checkbox"/>	Ja	<input type="checkbox"/>	Nein
Beendigung der Ausbildung: Zeitpunkt				
Beendigung der Weiterbildung: Zeitpunkt				
Zeit und Grund einer vorzeitigen Beendigung:				
Die berufliche Existenz ist auf Dauer gesichert durch.				

Vermeldung von Mehrstaatigkeit

Ich bin bereit, meine bisherige(n) Staatsangehörigkeit(en) aufzugeben und verpflichte mich, nach schriftlicher Zusicherung der Einbürgerung die erforderlichen Schritte zu unternehmen.	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
Falls nein, Gründe:		

Begründung des Einbürgerungsantrags (bitte *eigenhändig* ausfüllen)

	<p>Lichtbild aus neuerer Zeit</p> <p>(nur erforderlich bei Einbürgerungsbewerbern ab 16 Jahren)</p>
--	---

Hinweis zur Datenerhebung:

Die im Antrag verlangten Angaben werden für die Entscheidung über Ihren Einbürgerungsantrag benötigt. Ohne diese Angaben ist eine Bearbeitung des Antrags nicht möglich.

Verwaltungsgebühr:

Mir ist bekannt, daß für die Einbürgerung oder für Ihre Ablehnung oder für eine Antragsrücknahme eine Verwaltungsgebühr zu bezahlen ist.

Einwilligung nach § 67 des Sozialgesetzbuchs X:

Ich bin damit einverstanden, daß zuständige Träger öffentlicher Leistungen die erforderlichen Sozialdaten offenbaren.

Auskunft durch die Finanzbehörden:

Mit der Auskunftserteilung über meine Einkommensverhältnisse, einschließlich eventueller Steuerstraftverfahren, bin ich einverstanden.

Richtigkeit der Angaben und Mitteilungspflichten:

Ich versichere die Vollständigkeit und Richtigkeit meiner Angaben. Mir ist bekannt, daß falsche oder unvollständige Angaben zur Ablehnung oder zu einer späteren Rücknahme der Einbürgerung führen können.

Ich verpflichte mich, Änderungen meiner persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnisse unverzüglich und unaufgefordert mitzuteilen.

Unterschriften (erst bei der Einbürgerungsbehörde zu vollziehen!)

Ort, Datum

Einbürgerungsbewerber/in:

Volle Unterschrift (Vorname und Familienname)

(Mit-)Einbürgerung von Kindern:

Ich/Wir beantrage(n) hiermit die Einbürgerung folgender Kinder:

Ort, Datum

Volle Unterschrift (Vor- und Zuname) aller Sorgeberechtigten

Die vorstehende(n) Unterschrift(en) wurde(n) vor mir vollzogen.
Das wird hiermit amtlich beglaubigt.

Lüchow (Wendland), den

Landkreis Lüchow-Dannenberg
Der Landrat
Fachdienst 32 - Ordnung
Im Auftrage

(Dienststempel)

Unterschrift und Amtsbezeichnung)

Erklärung zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Name (Vorname + Familienname, ggf. Geburtsname)	
Ggf. Ortsteil	
Straße, Hausnummer	
PLZ, Wohnort	
Geburtsdatum und Geburtsort	

1. Ich bekenne mich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Insbesondere erkenne ich an:

- a) das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- b) die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- c) das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- d) die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- e) die Unabhängigkeit der Gerichte,
- f) den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
- g) die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

2. Ich erkläre, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe, die

- a) gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- b) eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder
- c) durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Ort	Datum	Unterschrift
Lüchow (Wendland)		

Die vorstehende Unterschrift wurde vor mir vollzogen.

Das wird hiermit amtlich beglaubigt.

.. Landkreis Luchow-Dannenberg

Der Landrat

- Ordnungsamt -

I. A.

**Informationsblatt
für Einbürgerungsbewerberinnen und -bewerber
zum Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung**

Freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes ist eine Staatsform, die keine Gewalt- und Willkürherrschaft kennt, sondern als Rechtsstaat die Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit jedes Einzelnen schützt. Die Staatsgewalt wird vom Volke über die von ihm gewählten Vertreter im Parlament ausgeübt.

Was bedeutet dies konkret?

Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist Grundlage für das friedliche Zusammenleben der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. In diesem Begriff fasst man die **Wertvorstellungen des Grundgesetzes** zusammen. Zu den grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zählen insbesondere

- die Achtung der Menschenrechte, vor allem das Recht jedes Menschen auf Leben und freie Entfaltung der Persönlichkeit und Gleichbehandlung (hierzu zählt auch die Gleichberechtigung von Frau und Mann)
- die Souveränität des Volkes,
- die Gewaltenteilung,
- die Verantwortlichkeit der Regierung,
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

Nähere **Erläuterungen** hierzu finden Sie auf der **Rückseite**.

Für Ihre Einbürgerung ist es wichtig, dass Sie die Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verstanden haben und akzeptieren. Sie müssen sich vor der Einbürgerung mit Ihrer **Unterschrift** zu den Grundwerten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennen.

Weiterhin haben Sie schriftlich zu erklären, dass Sie keine Bestrebungen verfolgen oder unterstützen, die

- sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung wenden,
- sich gegen den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland richten,
- eine Beeinträchtigung der Amtsausübung der gewählten Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben und
- die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland durch Ausübung von Gewalt oder durch Vorbereitung solcher Handlungen gefährden.

Sollten Sie in der Vergangenheit derartige Bestrebungen verfolgt und unterstützt haben, ist eine entsprechende Erklärung unter der Voraussetzung möglich, dass sie sich hiervon abgewendet haben und dies glaubhaft machen können.

Bitte stellen Sie Fragen, wenn Ihnen hierzu etwas unklar geblieben ist oder Sie die Bedeutung nicht verstanden haben.

1. Demokratie

Nach dem Grundgesetz geht alle Staatsgewalt vom Volke aus. Das Volk bestimmt in regelmäßigen Wahlen Vertreter im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden. Diese nehmen die Interessen der jeweiligen Ebene, für die sie gewählt wurden, wahr und treffen die Entscheidungen nach dem Mehrheitsprinzip.

2. Achtung der Grundrechte

Die Grundrechte ermöglichen es dem Einzelnen, sich gegen deren Beeinträchtigung durch den Staat zu wehren. Der Staat hat die Grundrechte eines jeden Menschen zu schützen, auch gegen andere Menschen, Personenvereinigungen und Organisationen. Jeder Mensch hat Anspruch auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Niemand darf andere in ihrer freien Selbstbestimmung beeinträchtigen z.B. hinsichtlich der religiösen Betätigung sowie des Zugangs zu Informationen, zur Bildung und zum Berufsleben. Männer und Frauen sind gleichberechtigt.

3. Gewaltenteilung

Der Grundsatz der Gewaltenteilung dient der Hemmung und Kontrolle staatlicher Macht. Die vom Volk ausgehende Staatsgewalt (siehe oben unter 1.) wird durch besondere Organe der Gesetzgebung (Parlamente), der vollziehenden Gewalt (Regierungen und Verwaltungen) und der Rechtsprechung (Gerichte) ausgeübt. Die Parlamente kontrollieren die Arbeit der Regierung.

4. Rechtsstaatsprinzip

Das Rechtsstaatsprinzip gewährleistet vor allem, dass Regierung und Verwaltung die Gesetze einhalten und es einen gerichtlichen Rechtsschutz bei Rechtsverletzungen durch die öffentliche Gewalt gibt. Jedem Bürger steht der Weg zu den Gerichten offen.

5. Gesetzmäßigkeit der Verwaltung

Die Verwaltungen müssen die Gesetze beachten und anwenden. Maßnahmen, die in Rechte des Bürgers eingreifen, bedürfen zu ihrer Rechtfertigung grundsätzlich einer gesetzlichen Grundlage, die diese Maßnahmen zulässt oder erlaubt.

6. Unabhängigkeit der Gerichte

Die Gerichte sind unabhängig. Sie können von Regierungen oder Parlamenten nicht kontrolliert werden. Die Richter sind nur ihrem Gewissen bei der Rechtsanwendung verpflichtet. Jeder Bürger hat einen Anspruch auf einen fairen Prozess.

7. Mehrparteienprinzip und Chancengleichheit der politischen Parteien

Ein wesentliches Merkmal der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist, dass es verschiedene Parteien gibt. Alle Parteien haben die gleichen Chancen, ihre politischen Vorstellungen in die Tat umzusetzen. Gründung, Bestand und Tätigkeit der Parteien sind frei von staatlichen Einflüssen und Eingriffen. Bei Wahlen haben alle Parteien die gleichen Möglichkeiten, für sich zu werben und gewählt zu werden. Durch das Mehrparteienprinzip wird die Meinungsvielfalt im öffentlichen Leben gewährleistet.

8. Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition

Die Opposition bildet das politische Gegengewicht zur Regierung und hat die Aufgabe sie zu kontrollieren. Sie kann Gesetzentwürfe einbringen. Die Regierung darf die Opposition nicht in ihrer Arbeit behindern.

über benötigte Unterlagen im Einbürgerungsverfahren (Ermessenseinbürgerung)

Bitte beachten Sie folgendes:

- Von Unterlagen in fremder Sprache wird außer der Urschrift oder beglaubigten Abschrift/Ablichtung zusätzlich eine deutsche Übersetzung benötigt.
- Sie erleichtern die Bearbeitung Ihres Einbürgerungsantrages, wenn Sie alle benötigten Unterlagen gesammelt auf einmal einreichen.

Ausweispapiere ¹ (Paß, Reiseausweis, Personalausweis usw.)	Diese Ausweise sind der Behörde lediglich zur Einsichtnahme vorzulegen und werden Ihnen belassen.
Vertriebenenausweis	Diese Ausweise sind der Behörde lediglich zur Einsichtnahme vorzulegen und werden Ihnen belassen.
eigenhändig geschriebener Lebenslauf (nur bei Personen ab 16 Jahren)	Der Lebenslauf soll möglichst genau über die persönlichen und familiären Verhältnisse, die Ausbildung, die beruflichen Tätigkeiten und die bisherige Staatsangehörigkeit Auskunft geben.

1. Antrag auf Einbürgerung
2. Lichtbild
3. Handschriftlich geschriebener ausführlicher Lebenslauf
4. Ausweispapiere
5. Geburtsurkunde des Antragstellers
6. Heiratsurkunde/Auszug aus dem Familienbuch
7. Geburtsurkunden der Kinder
8. Personalausweis/Reisepaß des deutschen Ehegatten
9. Nachweise über die berufliche Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland
 - Rentenversicherungsunterlagen
 - Arbeitsverträge
 - Zulassung zum Beruf
 - Arbeitgeberbescheinigung
10. Nachweise über Einkommen und Vermögen
 - Verdienstbescheinigung
 - Steuerbescheide
 - Rentenbescheide
 - Unterhaltsregelungen
11. Nachweis über Aus- und Weiterbildung
12. Nachweis über besonderen Status
13. Nachweis Sprachtest B1 - Niveau
14. Nachweis Einbürgerungstest
15. Mietvertrag o. Grundbuchauszug bei Wohneigentum
16. Wohnnebenkosten